

Bezugsgebühr:

Wochenschrift für Dresden bei täglich  
stetiger Beitung durch andere  
Zeiten und Blätter, an  
Gesamtkosten nur einmal  
a. 10 Pf. dem auswärtigen Kom-  
missionär a. 10 Pf. bei 2 Mrk. 50 Pf.  
Der einzige Antrag, durch die  
Post zu senden, ist ausdrücklich  
ausdrücklich verboten. Im Aus-  
land mit entsprechendem Aufschlag.  
Nachdruck aller Artikeln u. Original-  
beiträge nur mit deutlicher  
Quellenangabe. Dresden, Radebeul,  
Möckern, Radeberg, Döhlen, Cossebaude,  
Radeburg, Loschwitz, Blasewitz, Leubnitz,  
Niedersedlitz und Hohenau.

Teleg. Adressen:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:  
Eiserne Oefen und Herde, Haush., Küchen- und  
Landwirtschafts-Geräte.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Carli.

Abnahme und Auslieferungen  
bis vormittags 3 Uhr. Sonn- und  
Feiertage nur Montags so vor-  
11 bis 12 Uhr. Die Lippische Strasse  
10. 6 Silber 20 Pf. Ein-  
lieferungen auf der Brücke 20  
20 Pf.; bis spätestens 10 Uhr; oder  
20 Pf. als Etagenpost Seite  
20 Pf. In Flammern und Ges-  
und Feuerzeugen 10 Pf. Gummibälle  
20 Pf. auf Brücke 40 Pf.  
Zahlung direkt auf Rechnung und als  
Gegenleistung 20 Pf. Auswärtige Re-  
chnungen nur gegen Vorauszahlung.  
Telegramme werden mit 10 Pf.  
bedingt.

Bernfurthanschule:  
Am 1. Nr. 11 und Nr. 2006.

Paul Göpfert, Klein-Zschachwitz

Karl Borischstrasse 38

Annahmestelle für Inserate und Abonnements für die  
„Dresdner Nachrichten“  
für die Ortschaften Klein- und Gross-Zschachwitz, Mügeln,  
Niedersedlitz und Hohenau.



Heinr. Meyers Lebertran-  
Emulsion.

Grosse Flasche 2 Mark.  
Versand nach auswärts.

Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Fabrik feiner Lederwaren.

Weltgehendste Auswahl in  
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Adolf Näter

Größtes und vornehmstes  
Lederwaren-Spezial-Geschäft

26 Prager Strasse 26.

Fr. 41. Epigol: Ende des Bergarbeiteraustandes. Adolf Näter: Freitag, 10. Februar 1905.

## Das Ende des Bergarbeiteraustandes.

Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, mit denen der grösste Nischenkreis, den Deutschland aufzuweisen hat, das gehänte nationale Leben bedroht, wird der Beichluk, den gestern die in Ehen tagende Bergarbeiterkonferenz der freienbenen Bergarbeiter zu Gunsten der Wiederaufnahme der Arbeit gefaßt ist, allenfalls mit lebhafter Bewunderung und wärmerer Zustimmung begrüßt werden. Nach Lage der Dinge können die 200 000 ausständigen Bergleute ihren eigenen Interessen keinen besseren Dienst leisten, als diesen Beichluk ihrer Vertreter alsbald auszuführen. Der gegenwärtige Augenblick ist zur Beendigung des Streits der denkbaren günstigste; er bewahrt die Arbeiter vor der sonst unvermeidlichen Niederlage, die über sie und ihre Familien unzähliges Elend heraufbeschworen haben würde; er erspart ihnen die Demütigung, die hiermit verknüpft gemessen wäre, und was vielleicht auch in materieller Beziehung am meisten für sie ins Gewicht fällt, sichert ihnen die Symbiose der öffentlichen Meinung, die sich jetzt wohl fast ohne Ausnahme auf die Seite der Arbeiter stellen wird, zumal sich diese auch bisher schon durch eine im ganzen majestätische Haltung und durch vorgetragenes Vermeiden von bedenklichen Ausschreitungen gerechte Anspruch auf Anerkennung erworben haben, im erzielten Gegenseite zu der Selbstherrlichkeit, dem Trost und der Halsstarrigkeit, die überwiegend die Behenbeger an den Tag legen.

Zweifellos hat zum guten Teile das erste und ehrliche Bestreben der preußischen Regierung um die friedliche Beilegung des Ausstandes dazu beigetragen, die Streitenden zur Nachgiebigkeit und zum rechtzeitigen Einlenken zu bestimmen, um so mehr, als die Regierung gleichzeitig durch Auffindung einer Novelle zum preußischen Berggesetz den entschiedenen Willen dokumentiert hat, die von den Bergarbeitern seit Jahren so schwer empfundene Wohlstände, die den Ausstand mit elementarer Gewalt zum Ausbruch gebracht haben, zu beseitigen oder doch sehr erheblich zu mildern. Mehr als ihnen die verhöhnte Novelle bietet, würden sie in keinem Falle erkämpft haben, selbst dann nicht, wenn wider alle Berechnung der Streit für sie zum langen Ausgang geführt hätte. Die preußische Regierung wird sich nunmehr, indem die Bergleute ihren dringlichen Rat zur Rückkehr zur Arbeit ohne weiteres hören, doppelt verpflichtet fühlen, die Einbringung der Berggelehrten zu beschleunigen, und im Landtage werden unter dem Eindruck der ernsthaften Entschließung der Arbeiter alle Parteien bestrebt sein, Reformen zu stande zu bringen, die die Bergleute die heimige Wiederaufnahme der Arbeit nicht bereuen lassen werden.

aus alter Zeit zu befehligen, die einen „Glaubenszwang“ ausüben; obwohl doch niemals in der Weltgeschichte ein ergerer Glaubenzwang ausgeübt worden ist, als von den Päpsten und den Jesuiten, um sieben mit Hilfe der Holte und des Scheiterns. Mit der treuerzögigen Messe beteuerte der Abgeordnete Dr. Bachem, das Zentrum wolle den Kampf der Geister dadurch beenden und veredeln, daß alle Parteien in voller Freiheit ihre religiösen Überzeugungen vertreten dürfen. Und doch fanden auch die ultramontanen Redner nicht umhin, ausdrücklich den Unterschied zwischen dogmatischer und staatskirchlicher oder politischer Toleranz festzustellen: diese wollten die Ultramontane so gütig sein, jedem zu gewähren, nicht jedoch jene. Auf die volkstümliche Toleranz kommt es aber hier gar nicht an. Das innerste Wesen des Ultramontanismus wird durch die dogmatische Intoleranz charakterisiert, die nach dem Gesetzesdruck der Abgeordneten Dr. Bachem und Gröber unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß und sie sich in der Praxis als die allein wirkliche erweist, bemerklich, daß ihr die angebliche politische Toleranz zum Typus fallen muss, sobald die ultramontane Hierarchie im Besitz der Macht und somit bestigt ist, die dogmatische Intoleranz Wirklichkeit werden zu lassen. Papismus und Jesuitismus — das beweist die Kirchengegenheit zur Enthüllung — haben die politische Herrschaft immer nur zu dem Zweck beansprucht und ausgenutzt, um jede Art Duldung und Freiheit unterdrücken zu können. Außerhalb der unsichtbaren, allzufestigmachenden römischen Kirche, die den Anspruch auf die Weltherrschaft erhebt, soll und darf es keinerlei Freiheit geben, und praktisch müßte im Falle der Erfüllung dieses Anspruchs werden, was der Abgeordnete Dr. Bachem zunächst bloß rein theoretisch über die Nichtberechtigung des Protestantismus vom katholischen Standpunkt aus festgestellt hat. Dr. Bachem erklärte: „Es gibt keine Gleichwertigkeit zwischen Katholizismus und Protestantismus. Sie sind in so wesentlichen Teilen innerlich entgegengesetzt, daß sie innerlich nicht gleichwertig sein können; sie können innerlich nicht gleich wahr sein. Ein Protestantismus gibt es den Begriff der subjektiven Wahrheit, und vom Standpunkt der subjektiven Wahrheit löst sich eine religiöse Toleranz daran. Aber die katholische Kirche kennt nur eine objektive Wahrheit.“ Welche praktische Konsequenz sich aus diesem vermeintlichen Alleinbesitz der objektiven Wahrheit unter papistisch-jesuitischer Führung ergibt, beweist die Inquisition. Die Unterdrückung des Protestantismus und aller Andersgläubigen wird eine unvermeidliche Notwendigkeit allenfalls dort, wo der römischen Kirche die östlichen Machtmittel unbeschränkt zur Verfügung stehen.

Der nationalliberale Redner meinte mit Recht, der Name „Toleranzantrag“ sei so falsch wie möglich; der Antrag müßte eigentlich heißen: Kampfantrag gegen die Staatskirche gegenüber der Kirche. Der Abgeordnete Dr. Bachem hatte vorher aus der Tendenz gegen die Staatskircheheit gar kein Hehl gemacht; denn er war gegen das Königreich Sachsen vornehmlich deshalb zu Heide gezogen, weil Sachsen noch der Erklärung des Kultusministers Dr. von Seydelz ein Staatskirchheitsrecht in kirchlichen Dingen nicht aufzugeben will, das ein Grundfehler der ganzen staatlichen Ordnung ist. „Ach!“ hatte der Zentrumsredner hierzu bemerkt, „da ruht aber der sächsische Staat auf einem sehr brüdlichen Fundamente; denn dieses Hoheitsrecht des Staates ist im Absterben; da gibt es kein Halten mehr, das paßt nicht in die moderne Zeit.“ Bachems Genosse, der Abgeordnete Gröber, hat dann hinterher dieses offenkundige „moderne“ Bekenntnis des Ultramontanismus ein wenig einzuschränken geahnt. Gefangen ist ihm dies freilich nicht, zumal er sich die Bemerkung nicht versagen konnte, daß Sachsen nach wie vor in kirchenpolitischer Hinsicht der zuständige Staat sei, und zwar soll er dies doch nur deswegen sein, weil er unter allen deutschen Einzelstaaten zurzeit erfreulicherweise am wenigsten Willkürfreiheit zeigt, an seinem Sovereinräte-Rechte der römischen Kirche gegenüber tüchtig zu lassen, und so der entschiedenste Gegner der Ultramontanen in ihrem Kampfe gegen die Staatskircheheit bleibt.

Doch sehr bedenkliche Folgen für die evangelische Kirche entstehen müßten, wenn allenfalls in Deutschland dieses staatliche Hoheitsrecht befestigt und die völlige Trennung von Staat und Kirche verwirkt würde, darin stimmen alle diejenigen Redner überein, die sich zur Vertretung evangelischer Interessen irgendwie berufen fühlen. Der Effekt der Verwirklichung des Toleranzantrages, der in seinem zweiten Hauptteil ganz ausschließlich auf die ganz anders gearteten Verhältnisse der katholischen Kirche angewiesen ist, müßte die schrankenlose Vermehrung der Machtmittel dieser Kirche unter gleichzeitiger schwerer Beinträchtigung der evangelischen Kircheninteressen bedeuten. So sagte u. a. der Abgeordnete Süder zum Zentrum: „Für Sie wäre die Erfüllung dieses Antrages die unbedenkliche Entfaltung aller Kräfte, aller Einrichtungen, die Sie in Ihrer Kirche haben, und bei dem Kampfe, der geführt wird, ist es eine ganz ungeheure Machtfrage. Uns würden diese Anträge gar nichts bringen. Wir sind so gebunden an staatliche Befehlen, wir stehen so unter einem anderen Regiment, daß wir

somit gar nichts anfangen können.“ Dieselbe Aussage entwidmete auch der Abgeordnete Henning, der zu dem Antrag im Namen der deutsch-konservativen Partei sprach, obwohl er höchstens bemühte, seine im wesentlichen ablehnende Kritik so zart und so ironisch wie nur irgend möglich zu gestalten. Auch dieser Redner betonte, daß die „prononciert angeprochnen Aus-  
scheidung jeder Staatskirche“ lediglich im Interesse der katholischen Kirche steht, während die evangelische Kirche, losgelöst von ihrer seitheiteren Verbindung mit dem Staat, „ungeheure“ Schaden erleiden würde. Am schärfsten präzisierte die Rolle der Erfüllung des Toleranzantrages der Vertreter der rechtenalternativen Partei, Abgeordneter Dr. Stodmann, welche Wirkung dahin ging, daß durch die Aufhebung der kirchlichen Staatskirchheit der deutschen Einzelstaaten die katholische Kirche mit einem Monopol ausgestattet würde, das ihr eine verzweigte Machtstellung im Deutschen Reich sichern würde.

Vorläufig dürfen die Gehörten als zurückgedrängt erachtet werden, die aus den Bestrebungen, wie sie der Toleranzantrag festgelegt hat, drohen. Aber der Antrag wird wiederkehren, wenn und vielleicht in anderer Fassung; seine Tendenz bleibt jedenfalls bestehen. Darum gilt es, in der Wachsamkeit gegenüber den ultramontanen Machtpräzessen einen Augenblick zu erwarten.

## Neueste Drahtmeldungen vom 9. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Ric. Tel.) Das Haus ist gut, die Tribünen sind nicht besetzt. Am Bundesplatz haben aufzäuglich nur Minister v. Rheinbaben und zahlreiche Kommissare Platz genommen. Bald darauf erscheint Graf Polabow und später der Reichskanzler Graf Bülow. — Auf der Tagessordnung steht die erste Beratung des Handelsvertrags mit Italien, Belgien, Nagaland, Namibia, der Schweiz, Serbien und Österreich-Ungarn, sowie das Bischöfchen-Uebereinkommen mit Österreich-Ungarn. — Abg. Herzl (Benz.) führt aus, daß es bei der Festlegung des neuen Bollards sich als unbedingt notwendig erwiesen habe, Polen für die landwirtschaftlichen Produkte zu erhalten. Der Abschluß der neuen Handelsverträge sei an sich ja keine Notwendigkeit, liegt aber im Interesse von Industrie und Handel, da die Landwirtschaft brächte die neuen Verträge in mancher Hinsicht Veränderungen, aber im ganzen seien sie doch willkommen zu beisehen. Hinsichtlich des Gerstenzolls sei nötig, falls die Denaturierung von Brauerei als Buttergerste durch die Ruhland festgelegte Fortbestehen der Rüben- und Traubenzölle sei nunmehr im Interesse unserer Städte. Innerhandelszölle zu bedauern. Solche unzufrieden seien keine Freunde in Nord und Süd mit dem niedrigen Malzolz und dem niedrigen Hopfenzolle. Die Erneuerung des Zolles auf Rohholz habe große Einwirkung hervorgerufen, und auch Ost habe keinen genügenden Zollzuschlag. Die Erhöhung des Bierzolls sei noch nicht ausreichend. Neben die Trockenheit der Bischöfchenkonvention wurde noch Starke in der Kommission geschlossen werden, wie über manngleich andere Punkte. Unser Weinbau sei nicht hinreichend gelöst, um so mehr werde auf Deklarationsauswanderung Verlegenheit eröffnen werden. Die Industrie erhält durch die Verträge höhere Zölle auf Waren aller Art, auf Lebenswaren um. Das allgemeine Ziel ist durch die neuen Verträge der bestehende Zustand verbessert; aber viele, viele Wünsche seien noch unerfüllt geblieben (Sehr richtig!), doch sei anzuerkennen, daß die Regierung ihre Schafftigkeit getan habe. Die Handelsseite kann nun die Durchführung der Verträge. Ganz besonders Gewicht sei auf die Regelung unserer Beziehungen auch zu denjenigen Staaten zu legen, mit denen wir nicht in einem Vertragsverein, sondern nur in einem Weitbegrenzungsoberhaupt stehen. Das bisherige System, daß wir den Weitbegrenzten alle Konventionen ohne Gegenleistung geben, kann sowieso fortbestehen bleiben. Wir erwarten, daß die verbündeten Regierungen die Waffen des neuen Generalitätsvertrags voll und ganz gegen die weitbegrenzten Staaten anwenden. Weißt im Zentrum und rechts. — Abg. Bernhardi (Soz.) Die Sozialdemokratie habe vor 13 Jahren den Capriviischen Handelsvertrag zugestimmt, weil sie eine Entlastung des Volkes brachten und weil sie ein besseres Verhältnis zu den Vertragsstaaten einzubauen geeignet waren. Ende 1902 sei die Widerigkeit vermehrt worden. (Präsident Graf Bülow ist ein tugt die Wendung.) Die Capriviischen Handelsverträge hätten sich bewährt (Vorstand Börsenrechts rechts und im Zentrum); denn die Einhaltung um 52 Prozent gestiegen, die Ausfuhr aber um 62 Prozent. Auch der Getreidepreis sei unter der Herrschaft der Capriviischen Verträge nicht gesunken, sondern zum Schlus sogar noch gestiegen. (Weißt im Zentrum und rechts.) — Präsident Graf Bülow ist nach rechts. Meine Herren! Sie kommen ja auch noch daran, alle Parteien kommen daran! Angesichts dieser hohen Getreidepreise die Zölle auf Getreide dergestalt zu erhöhen, ist geradezu ungemeinlich. Während in den Verträgen auf die Landwirtschaft in jeder Beziehung Rückicht genommen sei, habe man die wichtigsten Interessen unserer Industrie zum Trotz gebracht. Und unseren Industriearbeitern stünden sonst neben der großen Nahrungsmittelverleistung auch noch Lohnreduktionen bevor. (Anwesen ist Graf Bülow am Bundesstaatstische eröffnet.) — Staatssekretär Böhlau legt vor, daß der alte Tarif absolut nicht mehr auf die Bedürfnisse unserer Industrie ausgeschlossen sei; außerdem hätten auch fünf andere Staaten ihren Tarif weitgehend erhöht. Man müsse also zu neuen Verträgen kommen. Welche Arbeit das war, ergab sich bereits daraus, daß über 3700 Positionen beraten werden mußten. Die neuen Verträge brächten leiderneweg eine grundstürzende Umgestaltung unseres ganzen wirtschaftlichen Bedens. Von unserer Aufsicht nach den Vertragsstaaten seien an Wert 57 Prozent durch die Verträge im Voll festgelegt worden, und von diesen schließen

MAX Winklers Kinder- und Kirmisch  
Kinderkleidung nur Zwischenhandel  
Vielzahl ist reich.

## Die Debatten über den Toleranzantrag.

Der Reichstag scheint viel Zeit übrig zu haben, denn er geht damit verhältnismäßig um. Zwei Sitzungen hat er bereits dem Toleranzantrag des Zentrums gewidmet und noch eine dritte erachtet er für notwendig, um das Schicksal des Antrages zu bestimmen. Ein Zweifel hierüber kann schon nach den zweitlängigen Toleranz-Debatten nicht mehr bestehen. Nicht einmal die Ehe eines stillen Begrüßungsschusses im Schoß einer Wahldelegierten Kommission, die das Zentrum vorstellte, wird dem Antrag bewilligt werden. Für dessen zweiten Teil, durch den der andere erst seine gefühlvolle Tragweite erlangt, hat sich außer der Partei der Unabhängigen nur die Sozialdemokratie ausgewichen. Als Vorsitzender der „Frieden“ machten hier wieder zwei Arten in Atem die Schwäne und die Noten, die doch beide die Todesfeinde aller wahren Freiheit sind und sein müssen. Für den ersten Teil des Antrages wird sich voraussichtlich wiederum eine Mehrheit ergeben; wollen doch selbst solche Politiker dafür stimmen, die von vornherein die Befürchtung haben, daß mit der Annahme des minder bedeutenden und folgenreichen Stückes ultramontaner Toleranzgelehrung eine „Einfallsquelle“ für spätere weitergehende Forderungen geschaffen ist. Diese Befürchtung bleibt indes so lange unbegründet, als die verbündeten Regierungen auf ihrem zentralen Standpunkte, der auf verfassungsgeschichtlichen Kompetenzen beruht, beharren. Vorläufig ist nicht zu ersehen, warum sich der Bundesrat, der die Debatten über den Toleranzantrag gänzlich ignoriert, eine Schwungung lassen sollte, die sich in diesem Falle nicht ganz so leicht wie in der Julienthingabe machen lässt, trotz der Widersprüche, mit denen vorgelesen der sozialdemokratische Redner, der sogenannte „Behngebote-Hoffmann“, als unfehliger Komiker debütierte, der den Reichsfanzier als Wetterfahne auf dem Berliner Rathausdach angebracht zu sehen wünschte.

Redliche Mühe haben sich die beiden Bentheimübler Dr. Bachem und Gröber gegeben, für ihr Geistesprodukt eine möglichst wohlwollende Behandlung zu erzielen, indem sie sich so fördern, so harmlos, so unbeholfen stellen, als ob die Leibgarde des Kaiserstifts niemals ein Wüstensand zu trüben vermöchte und ihr nichts mehr am Herzen läge, als die Eintracht der Konfessionen. Nicht aus hierarchischen Überzeugungen soll der Antrag beworben werden, sondern einzlig und allein aus dem unerlässlichen Vertrag, der die Befreiung der Bergarbeiter zu Gunsten der Wiederaufnahme der Arbeit nicht bereuen lassen werden.

MAX Winklers Kinder- und Kirmisch  
Kinderkleidung nur Zwischenhandel  
Vielzahl ist reich.